

vbb magazin

9

September 2019 • 58. Jahrgang



Der Bundeswehrbeamte
Zeitschrift des Verbandes
der Beamten der Bundeswehr



Der VBB ist stets unterwegs

Seite 4 <

**Angenehmer
Informations-
austausch beim
Wehrbeauftragten**

Seite 13 <

**Im Gespräch mit
Alexander Heß**

> Editorial



© Jan Brenner / dbb

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

in der letzten Ausgabe des Verbandsmagazins hatten wir über den durch den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Dr. Peter Bartels, ausgerichteten Workshop „Binnenarbeitsmarkt Bundeswehr“ berichtet. Bereits in der Vergangenheit hat sich unser Verband wiederholt kritisch mit diesem Thema auseinandergesetzt. Es erschien uns jedoch im Interesse der Sache wichtig, dem Wehrbeauftragten bei einem gesonderten Termin nochmals die Verbandsposition darzulegen. Ausgangspunkt war die von ihm festgestellte schlechte Bewerberlage für eine Verwendung als Soldatinnen und Soldaten auf Zeit in der Bundeswehr. Das erfordert aus seiner Sicht darüber nachzudenken, wie die Attraktivität des Dienstes auf Zeit in der Bundeswehr durch Angebote für eine Weiterverwendung in der Bundeswehr nach dem Ende der Verpflichtungszeit gestärkt werden kann. Für den Verband der Beamten der Bundeswehr bedeutet das aber auch, den Gedanken aufzugreifen und den Prozess „proaktiv“ zu begleiten. Es wäre nachgerade fahrlässig, am Rande zu stehen, zu kritisieren und unter Umständen als „ewig Gestri-

ger“ abgestempelt zu werden. Es ist auch die Aufgabe unseres Verbandes im Rahmen einer Gesamtverantwortung Vorschläge zu unterbreiten, die am Ende allen Beteiligten nützt, im Besonderen dem Erhalt der qualifizierten Aufgabenwahrnehmung durch die zivilen Kolleginnen und Kollegen in der Bundeswehr. Das es dabei erforderlich werden könnte, moderat an Stellschrauben zu drehen, steht es unserem Grundansatz nicht von vornherein entgegen, ist es doch seit Jahrzehnten geübte Praxis ehemalige Angehörige der Streitkräfte nach Ende deren Verpflichtungszeit nach einer laufbahnrechtlichen Qualifizierung in eine zivile Verwendung bei der Bundeswehr zu übernehmen. Die Klammer, die alles verbindet, ist eine gut funktionierende Bundeswehr.

Hoffentlich auf absehbare Zeit zum letzten Mal soll das Thema Sozialdienst hier angesprochen werden. Der VBB geht davon aus, dass die von der Amtsseite erfolgte Entscheidung, die neu nach A 12 bewerteten Dienstposten der Sozialarbeiter/-innen und Sozialberater/-innen qualifiziert ausgeschrieben zu wollen, schnell umgesetzt wird. Grund hierfür ist eine für notwendig erachtete gleiche Verfahrensweise wie beispielsweise bei der Neubewertung der Dienstposten der Ausbildungsbeauftragten. Diese Begründung für eine Ausschreibung kann man nachvollziehen, wenn gleich die Besorgnis nicht von der Hand zu weisen ist, dass aufgrund der Beurteilungspraxis im Geschäftsbereich nicht alle bisherigen Dienstposteninhaber in ihrer bisherigen Verwendung verbleiben können. Wir hoffen auf eine nur marginale Anzahl an Kolleginnen und Kollegen im Sozialdienst, die davon betroffen sein werden, da es auch nicht im Interesse des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) liegen kann, in einem so komplexen und sensiblen Aufgabenbereich wie dem Sozialdienst größere Vakanzen zu verursachen. In diesem Zusammenhang wird sich der

> Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 0228.639960. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** dbb, Fotolia, MEV. **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim dbb verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 32,00 € zzgl. 6,00 € Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 3,60 € zzgl. 1,30 € Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim dbb verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS. **Geldern. Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigenposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 60** (dbb magazin) und **Preisliste 44** (vbb magazin), gültig ab 1.10.2018. **Druckauflage:** dbb magazin: 589 649 (IVW 2/2019). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

ISSN 0521-7814

> vbb

>	Angenehmer Informationsaustausch beim Wehrbeauftragten	4
>	Auch eine interessante Variante!	5
>	Ja was nun?	5
>	Und wieder ein Schritt in die richtige Richtung	6
>	Telearbeit und mobiles Arbeiten geregelt!	
>	Neubewertung der Dienstposten bei den Ausbildungsbeauftragten	6
>	Tag der Bundesregierung: Reger Besuch beim VBB	8
>	Traditionelle Nacht im Schloss Oranienstein	9
>	3. Bundeswehrfamilientag	10
>	Karrieretage Koblenz: Ingenieure und Juristen (m/w/d) in Zivil gesucht	10
>	Jugend	13
>	Arbeitnehmer/-innen im VBB	13
>	Bundeswehr-Feuerwehr	15
>	Senioren	16
>	Seminare	16
>	Aus unseren Bereichen und Landesverbänden	17
>	Personalnachrichten	25

> dbb

>	Tarifeinheit: Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte	26
>	dbb Bürgerbefragung 2019: Wie überfordert ist der Staat?	28
>	Bundesministerien: Zu viele externe Berater	30
>	Daseinsvorsorge: Der Staat muss wieder investieren	30
>	blickpunkt Bundespresseamt: Verlässliche Informationen in stürmischen Zeiten	32
>	Bundeszentrale für politische Bildung: Kleines Team, große Wirkung	34
>	dbb jugend AusbildungsSTART-Aktion 2019	37
>	dbb bundesfrauenvertretung	40
>	Personalmangel im öffentlichen Dienst: Funktionsfähigkeit hat ihren Preis	41
>	europa Populismus im epochalen Wandel	42
>	interview Bundeswahlleiter Dr. Georg Thiel	46

VBB verstärkt auch mit der beruflichen Zukunft der tarifbeschäftigten SozialarbeiterInnen auseinandersetzen. Hier ist unsere bereits an das BMVg kommunizierte Forderung nach Verbeamtung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen, soweit die persönlichen und rechtlichen Voraussetzungen dieses zulassen und ein solches Angebot auch unterbreitet wird. Zum anderen muss im Rahmen von Tarifverhandlungen dafür Sorge getragen werden, dass eine bessere tarifliche Bewertung der Arbeit eines Sozialarbeiters auch eine höhere Bezahlung als die bisherige zulässt.

Kurz vor Redaktionsschluss durften wir alle in den Medien den „Hype“ um die Freifahrten für Soldatinnen und Soldaten zur Kenntnis nehmen. Und ge-

nauso heftig, wie die Angelegenheit kurzzeitig diskutiert wurde, war das Thema auch wieder aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden. Ob damit dem Anliegen Rechnung getragen wird, den Streitkräften und dem Soldatenberuf die Aufmerksamkeit in der Bevölkerung zu verschaffen, die sie verdient haben, kann zumindest mit einem Fragezeichen versehen werden. Von der Ungleichbehandlung innerhalb der Bundeswehr gar nicht zu reden. Der Geschäftsführer des paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Dr. Ulrich Schneider jedenfalls hat – sicher nicht ganz zu Unrecht – darauf hingewiesen, dass aus seiner Sicht eine solche Aktion in Zeiten einer Wehrpflichtarmee eher angebracht gewesen wäre als jetzt bei einer Freiwilligenarmee.

Und wenn durch das Tragen der Uniform der Dienst der Soldaten für unseren Staat eine größere Präsenz und Wahrnehmung des Soldatenberufes in der Gesellschaft erreicht werden soll, dann gilt das gleichermaßen wohl auch für die Angehörigen anderer „Dienste“, wie dem Technischen Hilfswerk, dem Roten Kreuz oder den Angehörigen der Berufs- und der freiwilligen Feuerwehren, um nur einige Wenige zu nennen. Viel wichtiger wäre es, Gelöbnisse neu eingestellter Soldatinnen und Soldaten wieder öffentlich abzuhalten als in der Abgeschlossenheit und hinter den Mauern von Kasernen. Dass wohl mit Ausnahme eines Bundeslandes die Ministerpräsidenten/-innen aller Bundesländer dann wirklich öffentliche Gelöbnisse abhalten wollen,

erscheint meines Erachtens dem Anliegen dienlicher als ein geldwerter Vorteil von ca. 22,22 Euro pro Soldat und Jahr, der im Zweifel bei der Einkommenssteuererklärung als ein solcher auch noch versteuert werden muss. Da die vereinbarte Summe von vier Millionen Euro allerdings nur mit der DB AG vereinbart wurde, kann man gespannt sein, wie die Verhandlungen mit den weit über 20 anderen Verkehrsbetrieben verlaufen werden und wie die Verwaltungsvereinbarungen dann im Detail aussehen werden.

Ihr



Wolfram Kamm,
Bundesvorsitzender

Angenehmer Informationsaustausch beim Wehrbeauftragten

Der Bundesvorsitzende des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB), *Wolfram Kamm*, hat zusammen mit seinem Stellvertreter *Dr. Hans Liesenhoff* den zwölften Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, *Dr. Hans-Peter Bartels*, an seinem Dienstsitz in Berlin besucht. Seit 1998 gehört *Dr. Bartels* dem Deutschen Bundestag an, zuletzt als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses. Er genießt parteiübergreifend hohe Anerkennung als profunder Kenner der Bundeswehr.

Der Wehrbeauftragte wird nach Artikel 45b des Grundgesetzes als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte berufen. Er nimmt eine besondere Stellung innerhalb des parlamentarischen Systems ein. Dabei ist der Wehrbeauftragte weder Mitglied des Bundestages noch Beamter. Tätig wird der Wehrbeauftragte aus eigener Initiative, auf Weisung des Deutschen Bundestages oder des Verteidigungsausschusses. Jede Soldatin/jeder Soldat hat die Möglichkeit, sich direkt und ohne Einhaltung des Dienstweges an den Wehrbe-

auftragten zu wenden. Breite Beachtung findet der jeweilige Jahresbericht des Wehrbeauftragten über den inneren Zustand der Bundeswehr.

Aktuelle Schnittmengen zwischen den Interessen des VBB im „Auftrag seiner Mitglieder“ und dem Wehrbeauftragten als „Anwalt der Soldaten“ wurden bei dessen Workshop „Binnenarbeitsmarkt Bundeswehr“ identifiziert. Konkret geht es um eine Initiative des Wehrbeauftragten, attraktivere Bedingungen für länger dienende Soldaten auf Zeit zu schaffen, damit das dortige Personaldefizit abgemildert



> W. Kamm, Dr. H.-P. Bartels, Dr. H. Liesenhoff (von links)

wird. Eine Möglichkeit wäre das Angebot einer qualifizierten Weiterverwendung in der Bundeswehrverwaltung. Das ist sicher eine gute Idee, die allerdings weitere Überlegungen notwendig macht. Aufgrund der langjährigen funktionalen Bekanntschaft von *Dr. Bartels* und unserem Bundesvorsitzenden wurde daraus ein Informationsaustausch im kleinen Kreis bei angenehmer Atmosphäre.

Der Beginn eines Dienstverhältnisses in der Bundeswehrverwaltung nach einer militä-

rischen Dienstzeit wird seit Jahrzehnten erfolgreich praktiziert. Wenn Instrumente gefunden werden, qualifiziertes Personal zu halten und Expertise in der Bundeswehr zu behalten, ist das zu begrüßen und hilft dem Bestandspersonal. Dabei hat der Wehrbeauftragte unsere Unterstützung. Als Berufsverband fordert der VBB allerdings auch die unbedingte Gleichbehandlung des Bestandspersonals gegenüber „Quereinsteigern“, was durch die unterschiedlichen Berufswege zivil gegenüber militärisch

in der praktischen Umsetzung herausfordernd werden kann. Um es auf den Punkt zu bringen: „Equal Pay“ gilt nicht nur für die Geschlechter, sondern auch für die Statusgruppen, so-

fern die Bedingungen vorliegen! Das hat etwas mit dem Empfinden von sozialer Gerechtigkeit und Wertschätzung zu tun, also mit unserer Organisationskultur. Beide Gesprächsparteien

hielten am Ende des offenen Gesprächs mit weiteren Themenschwerpunkten fest, dass der konstruktive Konsens die Diskussion dominiert hat. Wir danken Dr. Bartels, dem Wehr-

beauftragten des Deutschen Bundestages, für diesen Informationsaustausch und wir bleiben gerne in Kontakt. Der Wehrbeauftragte ist eben nicht nur für Soldatinnen und Soldaten da! ■

Auch eine interessante Variante!

Nachdem die früheren Ansätze für einen Komplettumzug nach Berlin nicht zielführend gewesen sind, wird über die Emissionsbelastung durch die „Bonn-Berlin-und zurück-Flieger“ eine neue Variante ins Spiel gebracht, um endlich einen Umzug der noch in Bonn angesiedelten Teile des Bundesministeriums zu erreichen.

Jetzt also der CO₂-Ausstoß. Egal, wie der geneigte Leser zu diesem Thema stehen mag, lägen bei der Rasananz, mit der die öffentliche Hand größere und große Projekte umzusetzen vermag, zwischen einer möglichen politischen Entscheidung für einen Komplettumzug und

der Fertigstellung von Büroflächen und erforderlichem Wohnraum wahrscheinlich auch wieder Jahrzehnte.

Und übrigens, um mit Cato dem Älteren zu schließen, bin ich der Meinung, dass Kartha zerstört werden muss.

Den nachstehenden Artikel empfehlen wir Ihrer geflissentlichen Aufmerksamkeit:

FAZ vom 1. August 2019:
Die Vielflieger der Bundesregierung: [https://www.faz.](https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/flugverkehr-berlin-bonn-flug-ist-die-meist-beflogene-route-16311905.html?GEPC=s2&fbclid=IwAR1aOsyrbSVdtrkgWTjAw7FQqWzLWA3esvpBPMgpicdXDgWSxjaUdUMZfA)

[net/aktuell/politik/inland/flugverkehr-berlin-bonn-flug-ist-die-meist-beflogene-route-16311905.html?GEPC=s2&fbclid=IwAR1aOsyrbSVdtrkgWTjAw7FQqWzLWA3esvpBPMgpicdXDgWSxjaUdUMZfA](https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/flugverkehr-berlin-bonn-flug-ist-die-meist-beflogene-route-16311905.html?GEPC=s2&fbclid=IwAR1aOsyrbSVdtrkgWTjAw7FQqWzLWA3esvpBPMgpicdXDgWSxjaUdUMZfA) ■



Ja was nun?

In der beigegefügten Pressemitteilung gibt das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) bekannt, dass entgegen ursprünglicher Planungen eine Reihe von Liegenschaften nun doch nicht geschlossen werden.

Begründet wird diese Entscheidung mit den geänderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen, die nach fast zweieinhalb Jahrzehnten des Schrumpfens zu einem Aufwuchs der Bundeswehr führen.

Es ist gut zu wissen, dass nunmehr das Verteidigungsressort dem in Artikel 87a grundgesetzlich festgelegten Auftrag der Streitkräfte zur Landesverteidigung wieder mehr Bedeutung beimisst. Dieser Kernauf-

trag schien nach erfolgter Wiedervereinigung zugunsten der Bündnis- und Einsatzfähigkeit in Vergessenheit geraten.

Die sicherheitspolitischen Schlussfolgerungen aus der Annexion der Krim und den Geschehnissen in der Ostukraine spiegeln sich in dieser Entscheidung genauso wider, wie die in der zu Beginn des Jahres 2019 getroffenen Entscheidung, die Depotorganisation wieder zu reanimieren. ■



Bundesministerium der Verteidigung

Pressemitteilung

HAUSANSCHRIFT: BMVg Presse- und Informationsstab, Stauffenbergstr. 18, 10785 Berlin
POSTANSCHRIFT: 11055 Berlin
TEL: +49 (0)30 2004 22215
FAX: +49 (0)30 2004 22228
INTERNET: www.bmvg.de
E-MAIL: bmvgpresse@bmvg.bund.de

DATUM: Berlin, 1. August 2019
SEITEN: 1 von 3
NUMMER: 11/2019

Wichtige Bundeswehrliegenschaften können erhalten bleiben
Die Bundeswehr wächst wieder und benötigt Platz. Eine Reihe von Liegenschaften werden entgegen ursprünglicher Planungen nicht geschlossen.

Nach fast zweieinhalb Jahrzehnten des Schrumpfens wächst die Bundeswehr wieder. Die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen haben sich geändert. Landes- und Bündnisverteidigung steht als gleichberechtigte Aufgabe neben den Einsätzen der Bundeswehr im Rahmen des internationalen Krisenmanagements. Darauf haben wir mit den Trendwenden Personal, Material und Finanzen reagiert. Mehr Personal und Material bedeuten auch mehr Bedarf an weiterer Infrastruktur.

Bereits im Koalitionsvertrag ist verankert, dass die bisherigen Planungen zur Abgabe von Liegenschaften umfassend zu überprüfen sind. Erste Untersuchungsergebnisse wurden bereits Anfang 2019 mit der Entscheidung zum Erhalt von acht Munitions- und Materiallagereinrichtungen umgesetzt. Nun liegen weitere Ergebnisse vor.

Und wieder ein Schritt in die richtige Richtung

Über 90 Beförderungen nach A 9m können in kurzer Zeit durchgeführt werden – der Hauptanteil in den Reihen der Bundeswehrfeuerwehr.



© Stockwerk-Fotodesign / Fotolia

Der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) drängt mit Nachdruck auf die Einrichtung weiterer Dienstposten im Spitzenamt des mittleren Dienstes. Solche Neubewertungen sind unseres Erachtens in Anbetracht gesteigener Anforderungen gerade in den Dienststellen auf der

Ortsebene unverzichtbar. Das Erreichen der A 9m muss demzufolge auch in der Fläche für deutlich mehr Beamtinnen und Beamte möglich sein.

Auch für Ihre Interessen setzt sich Ihr VBB ein – mit Nachdruck und Erfolg!

Telearbeit und mobiles Arbeiten geregelt!

Ein weiterer Schritt zur spürbaren Verbesserung der Arbeitsbedingungen umgesetzt!

Mit Wirkung vom 15. Juli 2019 ist die Zentrale Dienstvorschrift A-2645/1 „Telearbeit und mobiles Arbeiten“ für den gesamten Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung gültig. Damit kann, ein geeignetes Aufgabengebiet vorausgesetzt, im Interesse der Kolleginnen und Kollegen sowie der Dienststelle Telearbeit und

mobiles Arbeiten praktiziert werden. Die Regelungen ermöglichen, auch wenn ein Rechtsanspruch nicht besteht, mehr Flexibilität bei der individuellen Ausgestaltung des Dienstes.

So kann den spontanen, aber auch langfristig angelegten familiären und privaten Belangen (unter Berücksichtigung



© XtravaganT / Fotolia

der dienstlichen Bedürfnisse) angemessen Rechnung getragen werden.

Ein Schritt in die richtige Richtung – weiter so Frau Ministerin!

Neubewertung der Dienstposten bei den Ausbildungsbeauftragten

Zum 1. August 2019 ist eine Neubewertung der Dienstposten der Ausbildungsbeauftragten bei den Bundeswehrdienstleistungszentren erfolgt. Unter der Maßnahmenbezeichnung „Verbesserung Dotierungsgefüge im GB BMVg“ sind ab dem obigen Datum die 23 bislang nach Besoldungsgruppe A 9g bis A 11 gebündelten Dienstposten der Ausbildungsbeauftragten nach A 12 gehoben worden.

Der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) begrüßt diese Entscheidung, entspricht sie doch der Forderung des Verbandes, die Organisationsstrukturen unter anderem auch der Bundeswehrdienstleistungszentren

der in den letzten Jahren gewachsenen Verantwortung anzupassen. Auch diese Organisationsentscheidung ist ein wichtiger Baustein zur Steigerung der Attraktivität des „Beamtenberufs“ in der Bundeswehr.



© Gerd Altmann / Pixabay

Der VBB hofft, dass die Entscheidung der Personalführung, die Dienstposten auszuschreiben, nicht zu einer massiven Personalrochade führt und die über Jahre hinweg erworbenen

Qualifikationen der derzeitigen Dienstposteninhaber erhalten bleiben. Das wäre auch im Interesse einer kontinuierlichen und qualifizierten Betreuung der Beamtinnen und Beamten

im Vorbereitungsdienst wie auch der Auszubildenden zwingend erforderlich.

Zugleich hat der Verband in seinen Gesprächen mit den zuständigen Vertretern des Ministeriums und des BAPersBw gebeten, im Vorgriff auf die für

den 1. Oktober 2019 vorgesehene Hebung der Dienstposten im Sozialdienst nach A 12 bereits jetzt mit der Vorbereitung und Durchführung der Ausschreibung der Dienstposten zu beginnen. Auch in diesem Fall sollte es im Interesse der Personalführung liegen, die derzeitigen

Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen weiter auf den Dienstposten zu verwenden.

Der VBB wird sich darüber hinaus auch weiter dafür einsetzen, dass auch die Anzahl der Spitzendienstposten A 9 und A 9 m. Z. im Besonderen in den

Ortsdienststellen signifikant erhöht wird. Die Kolleginnen und Kollegen dürfen bei den derzeitigen Strukturverbesserungen, die vornehmlich den gehobenen Dienst betreffen, keine Verlierer sein. Erste Gespräche geben auch hier Anlass zu vorsichtigem Optimismus. ■

Tag der Bundesregierung: Reger Besuch beim VBB

Die Bundesregierung hatte geladen und selbstverständlich war auch das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) dabei: Am Wochenende 17. und 18. August 2019 waren neben dem Bundeskanzleramt, dem Bundespresseamt sowie den übrigen Bundesministerien die Tore des Bendlerblocks zum Tag der offenen Tür der Bundesregierung geöffnet.



Auf dem Paradeplatz fanden die Besucher ein vielfältiges und abwechslungsreiches Informationsangebot vor. Auch der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) stand

den Besuchern zu allen Fragen rund um das Ministerium und die Bundeswehr Rede und Antwort. Zu den zahlreichen Interessierten zählten die Bundesminister/-in Annegret Kramp-



Karrenbauer und Alexander Dobrindt, der Vorstandsvorsitzende der Bahn AG, Dr. Richard Lutz, der Generalinspekteur Eberhard Zorn, der Inspekteur des Heeres, Jörg Vollmer,

BMVg-Abteilungsleiter Ausrüstung Carsten Stawitzki sowie die BMVg-Unterabteilungsleiter Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen II und III, Rochus Graf von Strach-





witz und Manfred Hasse. Aber auch der Bundeswehr-Spitzen-sport gab sich, wie gewohnt, ein Stelldichein: Sandra Mikolaschek (Tischtennis), Ornella Wahner (Boxen), Tobias Wendl (Rodeln), Lisa Buckwitz und Julia Taubitz (beide Bob) sowie

Johannes Floors (Leichtathletik) beantworteten geduldig zahlreiche Fragen. Aber auch Fragen von Besuchern zum Verhältnis zwischen den Streitkräften und der Wehrverwaltung sowie zum VBB machten deutlich, wie wichtig



es ist, bei derartigen Veranstaltungen präsent zu sein.

Sehr zufrieden zeigte sich auch der Bundesvorsitzende des VBB, Wolfram Kamm: „Ich freue mich über das gezeigte rege Interesse an

der Verbandsarbeit und danke dem Bereich VIII, insbesondere den Kolleginnen Ammich, Berneit, Nettekoven, Noack und Schneider für die wie immer tadellose Organisation und Durchführung dieses wichtigen Termins.“

Traditionelle Nacht im Schloss Oranienstein

Jedes Jahr veranstaltet das Kommando Regionale Sanitätsdienstliche Unterstützung im Schloss Oranienstein in Diez die traditionelle Nacht. Sie ist ein fester Bestandteil im Veranstaltungskalender der Region und lockt aufgrund ihrer Einmaligkeit und Besonderheit des Festes im Bundeswehrstandort jährlich mehrere Tausend Besucher in den Schlosspark.

Die Bundeswehr ermöglicht mit dieser Veranstaltung, dass die Menschen aus der

Region mit den Soldatinnen und Soldaten sowie den zivilen Kolleginnen und Kollegen

der Bundeswehr zusammenkommen, sich einen Eindruck von deren Arbeit machen



und entsprechende Fragen stellen können. Schon Tradition hat auch der Stand des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB), der natürlich auch in diesem Jahr wieder mit dabei war. Zu Besuch bei uns: u. a. der Inspekteur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr, Herr Generaloberstabsarzt Dr. Ulrich Baumgärtner, sowie der Ausrichter, der Kommandeur des Kommandos Regionale Sanitätsdienstliche Unterstützung, Herr Generalstabsarzt Dr. Armin Kalinowski.

Neben vielen musikalischen Darbietungen, wie beispielsweise die der Saxophonistin Anne La Sastra, spielte das Heeresmusikcorps der Bundeswehr. Finaler Höhepunkt der Veranstaltung ist immer das Abschlussfeuerwerk, dass das Schloss in hellem Glanz erstrahlen lässt.